

Kirchengeschichte

Vorsitz: Richard KLIEBER (Wien)

Die Verwaltung des „ehemaligen Stiftes“ Klosterneuburg von 1941 bis 1945

Alkuin SCHACHENMAYR (Heiligenkreuz)

Einleitung

Die außergewöhnlich gewissenhafte Dokumentation des Reichstreuhandigen Verwalters des „ehemaligen Stiftes“ Klosterneuburg von 1941 bis 1945 bietet eine bisher selten genützte Gelegenheit, den Alltag eines aufgehobenen Stiftes während der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich näher zu beleuchten. Untersuchungen zur Fremdnutzung und Aufhebung einiger süddeutscher Klöster sind erschienen, über Klosterneuburg ist bisher wenig publiziert worden, auch wenn Arbeiten über Aufhebung und Widerstand erschienen sind.¹⁾ Im folgenden Beitrag werden die Fremdnutzung von Stiftseigentum und Stiftsbetrieben, die veränderten Arbeitsverhältnisse des Personals und diverse Verwaltungsvorgehen dargestellt. Dazu dienen bisher unerschlossene Archivalien, die im Jahr 2005 durch Bauarbeiten im Stift Klosterneuburg ans Licht gekommen sind.

Die Augustiner-Chorherren von Klosterneuburg hatten bereits 1938 die Verwaltung ihrer Immobilien auf die Rassengesetze der Nationalsozialisten umstellen müssen. Im April 1939 wurde eine große Masse Grundfläche an Gauleiter Josef Bürckel abgetreten,²⁾ im Juli der hochschulartige Charakter der theologischen Hauslehranstalt abgesprochen.³⁾ Am 10. März 1941 reichte der Klosterneuburger Propst Alipius Linda⁴⁾ eine 12-seitige Beschwerde an den Reichsstatthalter in Wien ein gegen die Heranziehung des Stiftes nach dem Gesetz über die Unterbringung öffentlicher Dienststellen. Linda belegte, dass die Stiftsbauten vom Stift Klosterneuburg weitgehend benützt und in Betrieb waren und daher nicht als Dienststellen geeignet wären.⁵⁾ Seine Beschwerde hat wenig bewirkt. Am 30. April 1941 mussten alle bis auf vier Chorherren das Stift räumen. Dies war der Anlauf zu einer deutschlandweiten Gesamtaufhebung

der Klöster, die Martin Bormann am 13. Januar 1941 in einem Brief an alle Gauleiter eingeleitet hatte. In den Wochen danach wurden 123 Klöster aufgehoben.⁶⁾

Am 4. März 1942 fand die endgültige Enteignung des Stiftes statt: „Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen sowie alle Rechte und Ansprüche des Augustiner-Chorherrenstiftes Klosterneuburg werden gemäß § 1 der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18.11.1938 (RGBl. I S. 1620) zu Gunsten des Deutschen Reiches (Reichsfinanzverwaltung) eingezogen. Mit der Einziehung erlöschen alle Rechte und Ansprüche des Augustiner-Chorherrenstiftes Klosterneuburg als bisherigem Eigentümer und gehen auf das Deutsche Reich über“⁷⁾. In den Jahren bis 1945 wurde das Eigentum in Wirtschaftszweige zerlegt und von NS-Einrichtungen übernommen.⁸⁾ Einige Tage vor der Enteignung hatte eine NS-Behörde das Gesamtvermögen des Stiftes bei RM 22.830.000 eingeschätzt. In dieser Summe waren Kunstschatze, Münzensammlung, Bibliothek, Archiv und die 24 inkorporierten Pfarren bzw. Pfarrhäuser nicht berücksichtigt.⁹⁾ Nach jährlichem Ertrag in den Jahren 1933 bis 1937 gerechnet, wären die Stiftsbetriebe in folgender Ordnung aufzulisten: Grundverpachtung, Forste, Verlagswesen (inkl. Druckerei), Immobilienvermietung, Gastronomie und Landwirtschaft.¹⁰⁾

Die Untersuchung der Akten zur Wirtschaftsverwaltung erlaubt uns Einsicht in den Umstellungsprozess von klösterlicher auf nationalsozialistische Wirtschaft. Darin eingeschlossen sind die so genannten Arisierungsprozesse der Angestellten und Mieter, die Enteignung und Umverteilung von weitläufigen Pachtgründen, die Verwaltung der Wirtschaft im Stiftsalltag, wo klösterliche Beziehungsverflechtungen und karitative Gnadengaben über lange Zeit gewachsen sind. Zusätzlich zum wirtschaftlichen Aspekt kommt die Verwaltung des Stiftes als kulturelles Monument in den Akten zum Ausdruck. Nach 1938 sollte das Chorherrenstift immer weniger im religiösen Sinne handeln, aber die neuen Machthaber waren durchaus daran interessiert, Stift Klosterneuburg als kulturelles Monument zu instrumentalisieren. Diese Untersuchung endet mit einem Blick auf das Verlagswesen im Umfeld des Stiftes von 1938 bis 1945.

Das Personal nach 1941

Der Umgang der vom Gauleiter eingesetzten Treuhänder des „ehemaligen“ Stiftes mit den Stiftsangestellten war ein heikler Bereich, der viel Diplomatie verlangte, weil die Angestellten in vielen Fällen einen engen persönlichen Bezug zum Stift hatten, über mehrere Generationen vom Stift als Arbeitgeber abhängig waren, freundschaftlich mit den Chorherren verbunden waren oder sich aus katholischer Gesinnung mit dem Stift identifiziert haben. Diese Faktoren haben in allen Epochen der Klostergeschichte zur Entstehung des Sprichwortes geführt „Unter dem Krummstab ist gut leben“. Andererseits war die Gauleitung darum bemüht, eine nationalsozialistische Arbeitskultur aufzubauen und das Betriebsklima durch gezielte Initiativen ideologisch zu prägen.¹¹⁾ Für diese Aufgaben war u. a. der Treuhänder des Stiftes ein Amt von höchster Bedeutung.

¹⁾ Georg SCHWAIGER (Hrsg.), Das Erzbistum München und Freising in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, 2 Bde. (München 1984). Darin sind Beiträge über Benediktinerklöster und über die Jesuiten. In der wertvollen Publikation „Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945“, Band 3 (Wien 1975) sind folgende Dokumente von Belang: die Nummern 2–5, 21, 45, 80, 122, 125, 148, 149.

²⁾ Satzung des Fonds, datiert 16. Mai 1939, Durchschlag, StAKI K2918.

³⁾ Wiener Magistratsabteilung 2 an den Propst am 25. Juli 1939 Z. M.Abr.2/15622/39. Original StAKI K1065.

⁴⁾ Alipius Josef LINDA (8. März 1891–29. April 1953): Geboren in Wien, Einkleidung 28. Aug. 1911, Priesterweihe 29. Juni 1916, Propst 25. Nov. 1937, Generalabt 20. Sept. 1946. Berthold CERNIK, Das Augustiner-Chorherrenstift Klosterneuburg. Statistische und Geschichtliche Daten (Wien 1958) *67–*68.

⁵⁾ Der Bescheid des Reichsstatthalters war vom 22. Feb. 1941. StAKI K2616.

⁶⁾ Annette MERTENS, Himmlers Klostersturm. Der Angriff auf katholische Einrichtungen im Zweiten Weltkrieg und die Wiedergutmachung nach 1945 = Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 108 (Paderborn, München u. a. 2006) 25.

⁷⁾ Abschrift des Einziehungserkenntnis der Geheimen Staatspolizei vom 4. März 1942, B. Nr. 1588/42 II BK1, Durchschlag, StAKI K2915.

⁸⁾ Abschrift des Einziehungserkenntnis der Geheimen Staatspolizei vom 4. März 1942, B. Nr. 1588/42 II BK1, Durchschlag, StAKI K2915.

⁹⁾ Siebenseitiger Bericht, datiert 26. Feb. 1942. StAKI K2918.

¹⁰⁾ Bericht der Apostolischen Visitation 1950. StAKI K2941 Nr. 20.

¹¹⁾ Shelley BARANOWSKI, The Beauty of Labor: „Plant Community“ and Coercion. In: Strength through Joy. Consumerism and Mass Tourism in the Third Reich (Cambridge 2004) 75–117.

Der erste Treuhänder des Stifts nach der Zwangsausiedlung, ein Herr Klapper, bekleidete seinen Posten nur für eine Woche. Er wird vom Stiftschronisten als entgegenkommend und wohlwollend geschildert; er bezahlte den Chorherren die Rechnung für die Übersiedlung bzw. Vertreibung. Er erlaubte ihnen auch nach der Aussiedlung, in das Stift zurückzukehren, um persönliche Gegenstände zu holen. Die drei Ordensfrauen, die sich im Stift um die Chorherren bemüht hatten, zogen mit ihnen und verpflegten sie weiter; dafür erhalten sie vom Treuhänder (und auch seinem Nachfolger) ein Gehalt.¹²⁾

Der zweite Treuhänder war Senatsrat Dr. Ferdinand Raith. Er übernahm die vom Chorherrn Koberger erstellte Betriebsordnung im Jahr 1940, also noch vor der Vertreibung der Chorherren.¹³⁾ Aber die eigentliche Ordnung wurde durch die Deutsche Arbeitsfront bestimmt, auch wenn das Stift noch nicht enteignet war. Die Korrespondenz über Anstellungen lässt leicht erkennen, dass das Stift als Arbeitgeber bereits vor der Enteignung eingeschränkt und von Vertretern der Gauleitung überwacht war.¹⁴⁾

Der Obmann der Gefolgschaft seit 1938, Alexander Motalik, hatte mehr zu sagen als der zuständige Chorherr, Kanzleidirektor Gebhard Koberger, der im Konvent die höchste Verwaltungsinstanz war. Motalik war überzeugter Nationalsozialist und nahm in der Vermittlung zwischen Treuhänder und Mitarbeitern eine zentrale Rolle ein. Er bemühte sich um Zuschüsse und Ferientage für gewisse Arbeiter, hielt Vorträge über von der NSDAP bestimmte Inhalte und beobachtete die Teilnahme daran bzw. die ideelle Haltung der Angestellten genau.¹⁵⁾

Bei der Anstellung neuer Mitarbeiter wurde die NS-Ideologie streng von Motalik überprüft, nicht aber von Koberger, darüber gerieten sie in Konflikt, denn der Obmann fühlte sich verpflichtet, „nicht einwandfreie Arbeitskräfte“ auf jeden Fall vom Betrieb abzuweisen.¹⁶⁾

Dr. Raith begann im Mai 1941 mit der regelrechten „Arisierung“ der bisher vom Stift beschäftigten Professionisten (Handwerker). Die Männer wurden von der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien als Alte Kämpfer, Parteigenossen, „normal“ oder abzulehnen eingestuft. Der Alte Kämpfer sollte bei Auftragsvergebung in erster Linie herangezogen werden, danach kam der Parteigenosse, dann der „Normale“, der nur in jenen Fällen weiter zu beschäftigen war, „falls Parteigenossen nicht zur Verfügung stehen“. Ein „Abgelehnter“ durfte nicht berücksichtigt werden. Aus den erhaltenen Akten sind insgesamt 16 Tauglichkeitsuntersuchungen nachweisbar, davon wurden sechs Mitarbeiter des Stiftes als normal, fünf als Parteigenossen, drei als Alte Kämpfer und zwei als abzulehnen eingestuft.¹⁷⁾

Raith übergab die Alltagsgeschäfte am 1. August 1941 an Kommissar Hans Siegl, der als „Wirtschaftstreuhand des ehemaligen Stiftes“ zeichnet. Raith blieb allerdings Vermögensverwalter.¹⁸⁾ Siegl erhielt das ansehnliche Gehalt von RM 1.500,- im Monat und monatliche Spesen in Höhe von RM 60,-. Er bekam eine Wohnung im Stift (sein eigentlicher Wohnort mit Frau und Familie war Kaltenleutgeben), einen Dienstwagen und einen großzügigen Zuschuss der vom Stiftsbesitz erzeugten Naturalien.¹⁹⁾ Er

¹²⁾ Stift Klosterneuburg 1938–1945. In: In unum congregati. Mitteilungen der österreichischen Chorherrenkongregation 22 (1975) 141–172, hier 146–149.

¹³⁾ Mappe mit 11 Seiten und 2 Anlagen, von Koberger gezeichnet und vom Reichstreuhand am 30. Okt. 1940 gestempelt. StAKI K2927.

¹⁴⁾ Vboril an den Betriebsführer des Stiftes am 21. Feb. 1939, gezeichnet auf Briefpapier der Deutschen Arbeitsfront, Ortsgruppe Klosterneuburg-Stadt. StAKI K2927.

¹⁵⁾ Im Sept. 1943 hielt er einen „Betriebsappell“ über „die gegenwärtige Lage der Front und Heimat“.

¹⁶⁾ Motalik an Koberger am 20. Mai 1940. StAKI K2927.

¹⁷⁾ Raith an das Büro für Lieferantenkontrolle, Durchschlag von Raith gezeichnet, Aktenzahl Dr.R./2093/1941, 15. Mai 1941, StAKI K2918. Die Beurteilungen wurden von Abteilungsleiter Fögl ausgestellt, Aktenzahlen beginnen mit HVO.-L. und sind mit Mai und Juni 1941 datiert. StAKI K2616.

¹⁸⁾ Raith an Huber vom 1. Aug. 1941, Durchschlag von Raith gezeichnet, Aktenzahl AIII /7–13. StAKI K2915.

¹⁹⁾ Dellbrügge an Siegl vom 9. Okt. 1941, beglaubigte Abschrift. StAKI K2924, Nr. 2.

blieb bis 1945 im Amt; seiner äußerst präzisen Kanzleiführung ist es zu verdanken, dass die Forschungserträge der im Jahr 2005 erschlossenen Archivalien so wertvoll sind.

Die Gefolgschaft teilte sich unter Siegls Führung infolgende Abteilungen auf: Buchhaltung, Forstamt, Landwirtschaft, Personalbüro, Rechtsbüro und Technisches Büro.²⁰⁾ Darunter standen Wächter, Köche, Wäscherinnen, Gärtner, Bibliothekar und andere. Kurzum, der gesamte Tagesbetrieb ging weiter, wenn auch verkürzt und besonders reduziert in der Erfüllung des geistlichen Auftrages des Stiftes.

Die Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft Stift-Klosterneuburg

Die Chorherren hatten mit dem so genannten „Anschluss“ die Leitung der Stiftsangestellten nicht mehr in der Hand. Die Ortsgruppenleitung der NSDAP mischte sich in den Betrieb ein und es entstand eine „Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft Stift-Klosterneuburg“.

Die Aktivitäten der NS-Arbeitsgemeinschaft fanden in einem Stift statt, das auf vier ansässige Chorherren reduziert worden war. Der Charakter des Hauses wurde von NS-Propaganda geprägt, so dass man zwar noch nicht von einer Aufhebung sprechen konnte (diese erfolgte am 4. März 1942), aber trotzdem von einem nationalsozialistischen Klima. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wurden als Kameraden identifiziert, die sich immer wieder für die NS-Ideologie offen zeigen mussten. Ein gutes Beispiel dafür ist der Kameradschaftsabend der Gefolgschaft im November 1941. Um 16h30 fand eine Führung durch die musealen (nicht aber die sakralen) Räume statt, darauf folgten Vorträge vom „Treuhändigen Verwalter Parteigenosse“ Siegl und dem „Gauschulungsleiter Parteigenosse“ Perneder; für die zwei Vorträge waren insgesamt 30 Minuten reserviert, danach begann der gesellige Teil des Abends mit einer Musikkapelle aus Wien. Jeder Angestellte durfte einen Gast mitbringen und erhielt (gegen Lebensmittelkarten) im großen Stiftskellersaal ein Hirschmenü mit zwei Krügeln Bier und zwei Viertel Wein; Gäste durften ein Krügel und ein Viertel trinken. Das Rauchen war bis 19h30 verboten. Ortsgruppenleiter Cerny und der Direktor des Kunsthistorischen Museums, Dr. Dworschak, waren die Ehrengäste. Zu dem Fest sollten insgesamt 240 Personen eingeladen werden, Siegl reduzierte jedoch die ursprünglich geplante Zahl der Verduneten von 20 auf 10, wohl um die Stimmung nicht zu verdunkeln.²¹⁾

Der Gefolgschaftsabend fand sicher nicht zufällig Mitte November statt. Der 15. November, Leopoldi, war einer der wichtigsten ausgesprochen religiös bestimmten Höhepunkte des Arbeitsjahres in allen stiftlichen Betrieben, weil der hl. Leopold Stifter von Klosterneuburg ist. Der 15. 11. blieb auch nach 1940 dienstfrei. Leopoldi zu streichen, wäre äußerst gewagt gewesen. Aber der Gedenktag wurde umgemodelt zu einer Finanzierungsveranstaltung für das Kriegswinterhilfswerk.²²⁾ Treuhänder Siegl erwartete zu Leopoldi im Jahr 1941 500 Besucher, auch wenn er nur den „15. November“ notiert und vom Heiligen keine Rede ist. Führungen in Gruppen von 30 Personen wurden viertelstündlich angeboten. Das Hauptgebäude des Stiftes sollte gezeigt werden, darunter Kaisertrakt, Museum, Hof und Schatzkammer. Es wird ausdrücklich von Siegl darauf hingewiesen, dass die Besucher die Kirche nicht betreten sollten. Einnahmen durch Führungen sollten dem Kriegswinterhilfswerk zukommen.²³⁾

Das kirchliche Profil des Arbeitsklimas in den Stiftsbetrieben sollte geschwächt werden. Dies war beim Forstpersonal einfacher als bei Angestellten, die auf dem Stiftsgelände arbeiteten. Das aktive Personal (einschließlich der Eingerückten) in den Forsten und Revieren Niederdonaus, sowie am Gut Prinzen-

²⁰⁾ Notiz Siegl an Gefolgschaft, Papierbogen von Siegl und Abteilungsleitern gezeichnet. 26. März 1942. StAKI K2922.

²¹⁾ Briefwechsel vom 18. bis 22. Nov. 1941 unter Motalik, Siegl und Arbeitsgemeinschaft, teilweise mit Randnotizen von Siegl. StAKI K2917.

²²⁾ An die Gefolgschaft, 13. Nov. 1941, getippt und von Siegl und weiteren 7 Mitarbeitern gezeichnet. StAKI K2917.

²³⁾ Aktenvermerke vom 15. und 23. Okt. 1941, von Siegl gezeichnet. StAKI K2922.

dorf wurde mit Stichtag 1. Oktober 1943 in die Dienste des Reichsgaues Niederdonau übernommen, ebenso die Pensionisten der ehemaligen Zentralverwaltung des Stiftes und die Altersversorgung der schon pensionierten oder noch beschäftigten Haushälterinnen der Chorherren.²⁴⁾ Aus diesen Reihen beabsichtigten die neuen Verwalter weitgehende Kündigungen.²⁵⁾

Der vom Gauleiter bestellte Treuhänder war um einen möglichst reibungslosen Übergang vom ehemaligen Arbeitgeber zum nationalsozialistischen besorgt. Das Dienstverhältnis wurde durch den neuen Vorstand nicht merkbar verschlechtert. So erhielt ein Kassier anlässlich seines 25jährigen Dienstjubiläums RM 1.000,- geschenkt; die Höhe des Betrags rechnete der Treuhänder nach den Abschiedsabkommen früherer Jubilare.²⁶⁾

Keine zwei Wochen nach der Aufhebung des Stiftes erhielten die Angestellten, nunmehr „Kameradinnen und Kameraden“ genannt, detaillierte schriftliche Auskunft über die großzügigen Sozialleistungen, die ihnen nun – trotz des Kriegszustandes – ausbezahlt werden sollten: Unterstützung für Eingrützte bis zu 85 % des Gehaltes, Zusatzrenten, „Kraft durch Freude“ Fahrten, verbilligter Einkauf von Wein und Büchern, großzügige Darlehen und Gehaltszuschüsse.²⁷⁾ Der Betriebsobmann bemühte sich auch um einen monatlichen bezahlten „Wasch- bzw. Hausfrauentag“ für die weiblichen Angestellten, und Siegl zeigte sich zu jeder Zusammenarbeit bereit.²⁸⁾

Sondergruppen unter den Angestellten

Eine besondere Stellung nehmen die geistlichen Schwestern ein, die mit dem Haushalt im Stift beschäftigt waren und 1941 in die Josefstadt mitgegangen sind. Dort wohnten sie in der Kaiserstrasse und arbeiteten für die Chorherren im Piaristenkloster. Sie bekamen monatlich RM 105,66. Zur Einschätzung diene der Vergleich zum monatlichen Relutum der Chorherren zu dieser Zeit. Sie bekamen monatlich 140,-; die noch im Studium waren, RM 110,-.²⁹⁾

Ebenso bildeten die Haushälterinnen der Chorherren eine eigene Angestelltengruppe, deren finanzielle Verhältnisse schwer zu ordnen war, gemäß der schwer zu definierenden Stellung dieser Berufsgruppe überhaupt. Viele Chorherren haben ihre leibliche Schwester als Haushälterin angestellt, angefangen mit Propst Linda; insgesamt stellten um die 10 Mitbrüder ihre Schwestern als Haushälterinnen an. Die treuhändige Verwaltung des Stiftes übernahm nach der Aufhebung des Stiftes die Zahlungen in gleicher Höhe wie zuvor, das heißt die Auszahlungen von der Rentenversicherung zuzüglich des Zuschusses vom Stift.³⁰⁾

Jede österreichische Stiftsökonomie ist aufgrund der komplexen Verflechtungen von Personen und Berufsgruppen an sich schwer zu überblicken und wohl gar nicht zu systematisieren. Anstatt das umzuwerfen, haben Treuhänder Siegl und seine Vorgesetzten die Eigenheiten dieser Wirtschaftsnische respektiert. Beispiele für die vielen Gnadengaben machen schon klar, wie tief die Caritas in den Stiftsalltag

²⁴⁾ Aufnahmeschrift der Behörde des Reichsstatthalters am 29. Okt. 1943. Durchschlag mit Randnotizen. StAKI K2918.

²⁵⁾ Im Aktenvermerk vom 14. März 1942 beauftragt Siegl das Personalbüro mit vier Aufgaben, jede einzelne ist auf Kündigungen bezogen. 4 Seiten, hier 2. Durchschlag mit Randnotizen. StAKI K2922.

²⁶⁾ Aktenvermerk vom 4. Feb. 1942, mit Randnotizen und von Siegl gezeichnet. StAKI K2922.

²⁷⁾ Weiters: Schülerbeiträge bis zu RM 50 im Monat; Zusatzrenten für Arbeiter und deren Witwen im Ausmaß von RM 20 bis RM 80; Zusatzrenten für Angestellte (Brennholz und Belassung der Dienstwohnung); Arbeiter mit 15 Dienstjahren erhielten drei Wochen Urlaub bezahlt; Entgelt im Erkrankungsfall; Sterbegeld; freie Beerdigungsstätte (auch für Frau, Kinder und Hausgehilfinnen); Deputatwein. Getippte Aufstellung mit 14 Punkten, von Betriebsobmann Motalik gezeichnet, datiert 17. März 1942. StAKI K2922.

²⁸⁾ Kurznotiz von Motalik an Siegl vom 29. Sept. 1943. StAKI K2923 Nr. 2.

²⁹⁾ Raith an Bürgermeister von Wien, Durchschlag. 28. Mai 1941. StAKI K2915.

³⁰⁾ Haushälterinnen der Chorherren, Mappe mit Aktenvermerken, Verzeichnissen und Rechnungen. Mai 1943. StAKI K2922.

hinein gedrungen war, so dass die Chorherren in vielen Fällen wenig darüber wussten. Frau Stefanie Bach, die Schwester eines verstorbenen Geistlichen, hat im Winter Holz (6 bis 8 m) und das Jahr über täglich einen halben Liter Milch vom Stift bezogen. Nach der Vertreibung der Chorherren ersucht sie um geldliche Ablösung dieses Abkommens und erhält für den Winter 1941/1942 eine Zuwendung von RM 40.³¹⁾ Später wurde es notwendig, zur Frage der „Gnadengaben“ offiziell Stellung zu nehmen; so erließ Gaukämmerer Strasser kurz vor Weihnachten 1943 den Bescheid, dass der Treuhänder „die Auszahlung der Pensionen und Gnadengaben weiterhin, das ist bis zur Regelung dieser Frage mit dem Reichsgau Wien vornehmen“, soll.³²⁾ Auch die Mutter des eingerückten Chorherren-Studenten Engelbert Pardatscher erhielt eine monatliche Unterstützung von RM 30,-. Das war etwa ein Fünftel vom monatlichen Taschengeld (Relutum) der Mitbrüder mit Feierlicher Profess und Priesterweihe. Der Treuhänder zahlte das Relutum an alle Mitbrüder auch nach der Vertreibung pünktlich aus.³³⁾

Arisierung der Mietwohnungen

Mit der Judenumsiedlung wurde bereits im November 1938 begonnen. Sie betraf in unserem Zusammenhang jene Juden, die mit dem Stift Klosterneuburg Mietverträge geschlossen hatten. Mehrere Aktenkonvolute zur Kündigung dieser Juden (z. B. in Wien in der Plankengasse und der Prinz-Eugen-Strasse) sind erhalten. Der NS-Ortsgruppenleiter leitete die Delogierung unter folgendem Vorwand ein: „Parteien Ihres Hauses in Wien [...] haben erklärt, dass es für sie unerträglich ist, weiter mit Juden in einem Hause wohnen zu müssen. Ich fordere Sie auf [...], allen Juden, die Wohnungen unter 4 Zimmer gemietet haben, zu kündigen“³⁴⁾. In einem Fall gelang es einem Gekündigten, die Umsiedlung rückgängig zu machen, weil er einen Ariernachweis erbringen konnte; andere, die aufgrund eines hohen Alters (zwei waren über 75 Jahre alt) und patriotischer Gesinnung (einer war Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg) Einspruch erhoben, erhielten höchstens die Verzögerung des Kündigungstermins.

Das Wohnungsamt der Stadt Wien hatte eine Abteilung für Judenumsiedlung eingerichtet und betrieb diese Kündigungen mit Nachdruck, obwohl der gerichtliche Kündiger natürlich das Stift Klosterneuburg war; Chorherr Petrus Rumler³⁵⁾ führte diese Amtsgeschäfte aus. Die Gekündigten mussten in Sammelwohnungen übersiedeln, ebenso wurde ein neuer, „arischer“ Mieter für die freigewordene Wohnung bestimmt; darauf hatte der Hausbesitzer keinen Einfluss. Jüdische Sammelwohnungen – auch Judenhäuser genannt – sind eine Vorform der Ghettoisierung gewesen. In vielen Fällen folgte darauf die Verschleppung der Einwohner in Vernichtungslager.³⁶⁾

Pachtgründe

In einem Bericht vom Februar 1942 stellten die Machthaber fest, dass der Grundbesitz des Stiftes Klosterneuburg aus 8.450 Hektar bestand und sich über 97 Katastralgemeinden erstreckte. Im Reichsgau

³¹⁾ Chronik des Verwalters für August 1941, Eintrag 4. Aug., getippt; Aktenvermerk vom 10. Okt. 1941, Original mit Randnotizen, von Siegl gezeichnet. StAKI K2918.

³²⁾ Strasser an Siegl vom 22. Dez. 1943, Abschrift mit Randnotizen von Siegl, Aktenzahl GKA-1-261-1943. StAKI K2924 Nr. 2.

³³⁾ Getipptes Verzeichnis der Reluten für Feber 1942, Durchschlag mit Randnotizen und gezeichnet von Siegl. StAKI K2924 Nr. 2.

³⁴⁾ Ortsgruppenleitung Mommsengasse an das Stift, 3. Nov. 1938. Aktenzahl Dr.K./St. StAKI K2968 Nr. 5.

³⁵⁾ Petrus Franz Rumler (19. Nov. 1873–14. Nov. 1940): Gebürtig in Böhmen, Einkleidung 28. Aug. 1893, Priesterweihe 24. Juli 1898. Nach einigen Jahren seelsorglicher Einsätze wurde er 1914 Verwalter der neuen Wohnhäuser in Donauefeld (Wien XXI.) und später Stiftshofmeister in Wien; seine Verwaltungstätigkeit beendete er im Okt. 1939. Berthold CERNIK, Klosterneuburg Daten *54.

³⁶⁾ Peter Schubert, Verdrängte Geschichte. Schauplätze des Naziterrors in Österreich (Wien 2003).

Wien verteilte sich der Besitz (3.470 Hektar) auf 43 KG und in Niederdonau (4.980 Hektar) auf 54 KG. Von den insgesamt 8.450 Hektar Grundbesitz entfielen ca. 6.000 auf Forst, der Rest teilt sich in Pachtgründe, vom Stift betriebene Landwirtschaft und Hausbesitz. Die Pachtgründe, so erklärt der Bericht, seien nach dem Ersten Weltkrieg von 500 auf 10.000 gestiegen, weil 1. „die heimkehrenden Soldaten des Weltkrieges den Willen zur Eigensiedlung“ hatten und 2. das Bedürfnis nach Badegelegenheiten in der Bevölkerung zunahm. Der Wille der Soldaten nach Lebensraum ist ein einleitender Anklang nationalsozialistischer Ideologie, die sich im Verlauf des Berichts vertieft. Die Pachtgründe seien vom Stift ohne Regulierung in der Zahl rasch gewachsen, so „dass die Siedler mehr oder weniger ihrem eigenen Willen überlassen waren und daher Bauten aufführten, die sowohl bezüglich ihrer Lage als auch ihrer Beschaffenheit den behördlichen Vorschriften nicht entsprachen.“ Regulierung, Parzellierung und Straßenbau seien ohne Plan verlaufen. Der Fonds der deutschen Mutter wird somit als eine ordnende Instanz dargestellt, denn „unklare Grundbesitz- resp. Widmungsverhältnisse“ wurden vorgefunden. Ebenso wird es erklärlich, dass nur selten geschlossene Siedlungsgebiete angetroffen wurden, während vielfach Siedlungs- und gewerblich sowie landwirtschaftlich genutzte Gründe nebeneinander lagen. Dies ist auch die Ursache der Schwierigkeiten, die sich bei der Zuteilung der dem Fonds zugeordneten Flächen ergaben.³⁷⁾ Allerdings entstand durch die neuen Besitzverhältnisse keine besser geordnete Verwaltung der Gründe.

Zur Frage der Aufteilung oder Erhaltung der Struktur der stiftlichen Vermögensverwaltung argumentierte Treuhänder Siegl für die Erhaltung einer organisch gewachsenen Struktur, die seinerzeit von drei Mitarbeitern betreut wurde. Er sah durch Aufteilung des Vermögens keine Aussicht auf eine gesteigerte Effizienz.³⁸⁾ Bereits im November 1941 musste Siegl feststellen, dass er die Gesamtlage der Pachtgründe nicht mehr beherrschte. Die Verbücherung der Liegenschaften des Stiftes waren entweder gänzlich veraltet oder auf dem Stand von 1939, weil die Stiftsverwaltung nur jene Gründe auf den letzten Stand gebracht hat, bei denen es in letzter Zeit eine Transaktion gegeben hat. Die Grundbuchsätze waren also schon vor 1939 nicht auf dem aktuellen Stand. Nach der schnellen und wenig überlegten Übergabe an den Fonds der deutschen Mutter war die Lage noch schwieriger zu durchschauen. So kam es dazu, dass „die gleichen Grundstücke sowohl im allgemeinen Grundbuch wie auch im Grundbuch über landtäfliche Liegenschaften angeführt sind oder Grundstücke nach dem letzten Stande als Stiftseigentum bezeichnet wurden, die bereits ins Eigentum Dritter übergegangen sind, oder schließlich laut Grundbesitzbogen Ausmaße aufweisen, die mit dem Verhältnis in der Natur im ärgsten Widerspruch stehen.“³⁹⁾ Viele unerledigte Grundbuchgeschäfte wurden damit erklärt, dass die „jüngsten Einrückungen“ an die Front „nicht mit einer Erledigung in absehbarer Zeit“ rechnen ließen.⁴⁰⁾ Schließlich wollte die NS-Herrschaft die Kirche an möglichst vielen Stellen von ihren wirtschaftlichen Ressourcen abschneiden.⁴¹⁾

Die ideologischen Aspekte der Pachtleistungen wurden 1937 in einer Anordnung des Reichsbauernführers erläutert: „Der deutsche Boden ist der Lebensraum unseres Volkes und die Arbeitsgrundlage des schaffenden Volksgenossen.“ Der gerechte Pachtzins sollte daher nach einem im Reich einheitlichen Preis

³⁷⁾ Zusammenstellung über den Grundbesitz des ehemaligen Stiftes Klnbg. im Reichsgau Wien. Mappe mit 4 getippten Seiten, innen mit 25. Feb. 1942 datiert, außen mit 9. Sept. 1942, hier S. 2. StAKI K2925.

³⁸⁾ Exposé zur wirtschaftlichen Lage des Stiftes, 26. Feb. 1942, Durchschlag, von Siegl gezeichnet. StAKI K2918.

³⁹⁾ Siegl an Bürgermeister von Wien, 29. Nov. 1941, Durchschlag von Siegl gezeichnet. StAKI K2917.

⁴⁰⁾ Katasteramt Wien-Großenzersdorf an das Stift, 5. Jan. 1942. Aktenzahl 11–33/42. StAKI K2926.

⁴¹⁾ Peter LONGERICH, Hitlers Stellvertreter, Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Parteikanzlei Bormanns. In: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Akten der Parteikanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes (München 1983 bzw. 1992) 239, 247.

gerechnet werden. Dabei spielten gängige oder frühere Preise auf dem Grund der Umgebung keine Rolle: Der Preis sei allein auf die Ertragsfähigkeit des Bodens ausgerichtet.⁴²⁾

Die zuständige nationalsozialistische Behörde schätzte die Gesamtzahl der Pächter auf dem Grundbesitz des Stiftes Klosterneuburg um 8.900.⁴³⁾ Im Frühling des Jahres 1939 wurden die Gründe vom Deutschen Reich eingezogen.⁴⁴⁾ Die Beziehung zwischen Pächtern und dem Stift waren zu dieser Zeit bereits durch Agitationen strapaziert. Die Pachteinnahmen sind seit dem Anfang des Jahres 1939 extrem zurückgegangen, weil in den Tageszeitungen Aufrufe zum Zahlungsboykott des angeblich ungerechten Pachtzinses erschienen sind. Die Gauleitung bemühte sich, den Pächtern entgegenzukommen und somit beliebt zu werden, aber die Zahlungen blieben trotzdem aus. Bis November 1941 sind Rückstände von RM 765.200,- entstanden.⁴⁵⁾

Bald nach dem politischen Umbruch bemühten sich diverse Gruppen, die neuen Besitzverhältnisse als Chance zu ergreifen, um ehemals stiftlichen Grund günstig zu erwerben. Anträge kamen von der öffentlichen Hand (Heeresverwaltung, Post) und der Großindustrie (Hermann Göring Werke, I.G. Farben), um Grundstücke günstig zu kaufen.⁴⁶⁾ Am 24. September 1941 sprach der Reichsnährstand ein „dringendes Interesse“ aus, Grundbesitz des Stiftes an Landwirte zu verkaufen.⁴⁷⁾

Einige einflussreiche Funktionäre wollten Stiftsgrund als Jagdrevier verwenden, nicht aber den Jagdpachtzins bezahlen: Der Jagdpachtvertrag mit Gauleiter Dr. Jury wurde zwar am 1. April 1941 geschlossen, allerdings hat Jury bis 31. Oktober 1943 (also zweieinhalb Jahre lang) keine einzige Zinszahlung geleistet. Der Treuhänder des ehemaligen Stiftes wurde anlässlich seiner Mahnung informiert, dass der Reichsgau Niederdonau auf das Forstgebiet „Anspruch hätte“⁴⁸⁾. Ebenso leichtfertig hat der Direktor des KWI in Berlin-Dahlem, Dr. Stubbe, das Jagdrecht auf dem Gebiet des von ihm verwalteten Forstgrundes selbst ausgeübt, ohne sich um eine rechtliche Pacht zu bemühen.⁴⁹⁾ Es handelt sich hier nicht um Einzelfälle.⁵⁰⁾

Bald wollten auch die Kleinpächter Eigentümer werden. Anfang 1943 wird der vom Gauleiter eingesetzte Treuhänder Siegl angewiesen, „die verpachteten, mit Superädifikaten bebauten Grundstücke aus dem Vermögen des vormaligen Chorherrenstiftes Klosterneuburg, zunächst soweit sie im Reichsgau Wien gelegen sind, an die Eigentümer der Superädifikate“ zu verkaufen. Die eingehenden Beträge sollten an die Reichshauptkasse eingezahlt werden.⁵¹⁾ Der Fonds der deutschen Mutter wurde als Sammelbecken für die Verwaltung der Kleingründe errichtet, im Grunde war der Fonds ein ungeregeltes Konto für die freie Redistribution der Einkünfte von verkauften Gründen des Stiftes Klosterneuburg.

⁴²⁾ Durchschlag der Verordnung betr. Pachtleistungsrichtlinien vom 7. Juni 1937, Aktenzahl I G 4163/37, lfd. Nr. 69/37, in Goslar ausgestellt. StAKI K2914, Nr. 6.

⁴³⁾ Gedächtnisnotiz vom 18. Sept. 1943, Durchschlag, StAKI K2918.

⁴⁴⁾ Stift Klosterneuburg 1938–1945, In unum congregati 142; „Klosterneuburger Pachtgründe an Bürckel. 9000 Kleinpächter zahlen halben Zins“. In: Neues Wiener Tagblatt vom 17. Mai 1939, Titelseite.

⁴⁵⁾ Mappe zum Vortrage bei Min. Rat Dr. von Peichl am 10. Nov. 1941. StAKI K2617.

⁴⁶⁾ „Das Chorherrenstift Klosterneuburg war bis Ende 1938 in seiner Wirtschaftsführung autark“. 15seitiges getipptes Manuskript mit Auflistung vieler Stiftsgründe, hier S. 1–2. Durchschlag, StAKI K2918.

⁴⁷⁾ Kopie von Akten aus dem Bundesarchiv Koblenz. StAKI K2616.

⁴⁸⁾ Siegl an Reichsstatthalter von Wien Abt. III-E, gestempelter Durchschlag von Siegl gezeichnet, 29. Jan. 1944. StAKI K2918.

⁴⁹⁾ Aktenvermerk des Treuhänders Siegl vom 29. Juni 1943, hier 3. Durchschlag, StAKI K2918.

⁵⁰⁾ Bericht vom 13. Nov. 1941, Aktenzahl Dr.S./D2/16, Durchschlag, StAKI K2917.

⁵¹⁾ Getippter Brief mit Stempel, Reichsstatthalter – Siegl, 18. Jan. 1943. StAKI K2918.

Fonds der deutschen Mutter

Der Stiftungszweck des Fonds war theoretisch – gemäß den Statuten – die Ansammlung von Mitteln zur Unterstützung bedürftiger Mütter. Jedoch ist bisher noch kein Fall ausfindig gemacht worden, der die Ausführung dieser Bestimmung belegen würde. Der Verdacht ist stark, dass der Fonds eine Kulisse bildete, hinter der frei verfügbare Parteigelder verborgen wurden.⁵²⁾ Geschäftsführer war ein Herr Nekwasil.

1.300–1.400 Hektar Kleingarten und Siedlungsgründe wurden für den Fonds der deutschen Mutter in Aussicht gestellt, laut Dellbrügge am 14. Oktober 1941.⁵³⁾ Der Fonds ist ausschließlich aus der Besitzübergabe von Klosterneuburg konstituiert worden.⁵⁴⁾ Aber die Übergabe war übereilt, stellte der Treuhänder nach sechsmonatiger Tätigkeit fest, denn von den 1.400 Hektar verfügte das Stift nur über 980 Hektar derartiger Flächen. In einer Aktennotiz notiert Siegl oder einer seiner Mitarbeiter: „Die Bereitstellung der vorhandenen Siedlergründe bzw. der Ausfall dieser Pachtzinse alleine schon erschüttert jedes budgetäre Fundament. Die unentgeltliche Entnahme weiterer Ersatzflächen für die in der Widmung angeführten 1.300–1.400 Hektar bringt aber eine Gefährdung der gesamten Wirtschaftsführung mit sich.“⁵⁵⁾ Bis zum 31. Oktober 1941 hat das Stift dem Fonds insgesamt 677 Hektar übergeben, doch über diese Gründe gab es weder Übernahmebestätigungen noch sonstige Kanzleivormerkungen. Dies veranlasste den Treuhänder, weitere Übergaben zu verbieten. Er stellte fest, dass die Grundstücke, die „ohne jeden Rechtstitel dem Fonds zugewiesen“ wurden, trotz allem noch steuer- und abgabepflichtig waren.⁵⁶⁾ Weder der Treuhänder des Stiftes noch andere wussten genau zu erklären, wer die Rechtspersönlichkeit des Fonds war.⁵⁷⁾

Weiterhin sind große Geldsummen in den Fonds gezahlt worden. Bei der Enteignung des Stiftes im März 1942 gehen RM 7.000.000,- an den Fonds.⁵⁸⁾ Später wurden kleinere Grundstücke den Pächtern zum Verkauf angeboten. Zum Beispiel wurde im Frühling 1943 einem Ehepaar in Langenzersdorf das bisher von ihnen gepachtete Grundstück zum Preis von RM 50 pro Quadratmeter angeboten. Die Bezahlung dürfe über Monatszahlungen erfolgen, deren Höhe die Käufer ohne Einschränkung selber bestimmen durften. Für dieses günstige Geschäft mussten die Kleinpächter dreierlei versprechen: Dem Deutschen Siedlerbund beizutreten, bei Material- und Arbeitseinsatz ein Siedlungshaus zu bauen und ihre Wohnung dem Wohnungsamt zur Verfügung zu stellen.⁵⁹⁾ Somit ist der Fonds der deutschen Mutter den Wiener Kleinpächtern zur Zeit streng regulierter Grundkäufe entgegengekommen, denn im Völkischen Beobachter wurde ein Jahr früher verlautbart, dass nur Frontkämpfer, Kriegsversehrt, Spanienkämpfer und Freikorpskämpfer als Grundkäufer zulässig wären.⁶⁰⁾ Einem anderen Langenzersdorfer Ehepaar wurde 1941 ein ähnliches Angebot gemacht, damals mussten die Käufer jedoch noch nicht einwilligen, ein Haus zu bauen.⁶¹⁾

⁵²⁾ Robert RILL, Geschichte des Augustiner-Chorherrenstiftes Klosterneuburg 1938 bis 1945 (Salzburg 1985) 37.

⁵³⁾ Kopie von Akten aus dem Bundesarchiv Koblenz. StAKI K2616.

⁵⁴⁾ Satzung des Fonds, datiert 16. Mai 1939, Durchschlag. StAKI K2918.

⁵⁵⁾ „Das Chorherrenstift Klosterneuburg war bis Ende 1938 in seiner Wirtschaftsführung autark“. 15seitiges getipptes Manuskript mit Auflistung vieler Stiftsgründe, hier 4. Durchschlag. StAKI K2918.

⁵⁶⁾ Mappe zum Vortrage Siegl's bei Min.-Rat Dr. von Peichl am 10. Nov. 1941. StAKI K2617.

⁵⁷⁾ Aktenvermerk vom 28. Jan. 1942 zur Vorsprache Siegl's bei von Peichl, von Siegl gezeichnet. StAKI K2917.

⁵⁸⁾ Exposé zur wirtschaftlichen Lage des Stiftes, 26. Feb. 1942, Durchschlag, von Siegl gezeichnet. StAKI K2918.

⁵⁹⁾ Nekwasil an Franz und Käthe Spousta am 19. Mai 1943. Abschrift. StAKI K2922.

⁶⁰⁾ Zeitungsausschnitt vom 2./3. Mai 1942. StAKI K2922.

⁶¹⁾ Nekwasil an Friedrich und Karoline Zach am 21. Jan. 1941. Abschrift. StAKI K2918.

Hauptgebäude und Inhalte (KHM)

Obwohl gelegentlich davon gesprochen wurde, das Stift Klosterneuburg sei „infolge seiner Größe und der Nähe geeigneter Sportplätze“ als Standort einer Adolf-Hitler-Schule gut geeignet, wurde dieser Plan nie realisiert.⁶²⁾ Die schulische Verwendung ist ein Gemeinplatz der Klosteraufhebungen und sagt so gut wie nichts zum Fall Klosterneuburg aus.⁶³⁾ Pläne für die Errichtung einer Luftwaffenschule im Stift wurden nie erstellt.⁶⁴⁾ Die Reichsstatthalterung sah im Stift eine einzigartige kulturelle Institution. Die katholischen Inhalte des Stiftes sollten reduziert werden, aber die Erhaltung der musealen Werte des Hauses war auch für die antiklerikalen Machthaber interessant. Das Interesse, die künstlerischen Schätze des Stiftes herzuzeigen, hielt bis in die letzten Jahre des Krieges an. Die Eröffnung des Stiftsmuseums am 19. Nov. 1941, des Gotischen Saals am 26. Sept. 1942 und der im Altstift aufgestellten Teile der Sammlung am 18. November 1943 belegen den Eifer der Verwalter. Dr. Fritz Dworschak, von der Gauleitung 27. März 1938 zum Kommissarischen Leiter des Kunsthistorischen Museums (KHM) bestellt, war vom 1. Januar 1941 bis 15. April 1945 Direktor des Münzkabinetts und 1. Direktor des KHM. In dieser Funktion wurde er im „ehemaligen“ Stift Klosterneuburg verantwortlich gemacht für: das Alt- und Neu-Stift samt Inventar, Kirche, Kreuzgang, Leopoldi-Kapelle, Schatzkammer, Stiftsmuseum, Bibliothek, alle Gebäude innerhalb der Stiftsmauern einschließlich Stifts-Kellerei.⁶⁵⁾ Die Bibliothek wurde allerdings nach einer angespannten Verhandlung am 6. Oktober 1943 der Nationalbibliothek (Wien) übergeben.⁶⁶⁾ Von Beruf war Dworschak (1890–1974) Numismatiker, aber er hatte Erfahrung mit geistlichen Orden, u. a. mit den Beständen des Ordens vom Goldenen Vlies im KHM und dem Ordensschatz des Deutschen Ordens, dessen Aufteilung er verhindert hat.⁶⁷⁾

Zunächst dachte Dworschak an eine Unterbringung aller Chorherren im Haus am Rathausplatz Nr. 19 (Stadt Klosterneuburg);⁶⁸⁾ in der Tat sind die 20 Mitbrüder zunächst in das Wiener Piaristenkloster übersiedelt worden und durften später auf die inkorporierten Pfarren des Stiftes. In der Zeit nach der Zwangsausiedlung war Direktor Dworschak die höchste Instanz in der Bestimmung der Raumnutzung im nun verlassenen Stift.⁶⁹⁾ Weil er höhergestellt war als die Ortsgruppenleitung und die treuhändischen Verwalter, wurde somit deutlich ausgedrückt, dass auch für die Gauleitung die kunsthistorische Dimension des Stiftes (als Bauobjekt) wichtiger war als finanzielle oder andere Aspekte.

Obwohl Dworschak seit 1938 Mitglied der NSDAP war und die Vertreibung der Chorherren teilweise koordiniert hat und die Besichtigung der Stiftskirche und anderer sakraler Gegenstände ausklammerte, betrachtete er das Stift auch nach der Aufhebung als geschichtlich gewachsene Kulturein-

⁶²⁾ Schreiben an Dellbrügge 22. Jan. 1941, Durchschlag StAKI K2616.

⁶³⁾ Martin Bormanns Klostersturm-Schreiben vom 13. Jan. 1941 erging an alle Gauleiter und erwähnt flächendeckend: „Als allgemein geeignet erscheinende Verwendung kommt in Frage die Umwandlung in Krankenhäuser, Erholungsheime, nationalpolitische Erziehungsanstalten oder Adolf Hitler-Schulen.“ Document PS-3927. In: Procès des grands criminels de guerre devant le tribunal militaire international, Nuremberg, 14 novembre 1945–1er octobre 1946. Tribunal militaire international (Nuremberg 1949) Tome 33, 537. Ein Schreiben vom 22. Feb. 1941 (ebenda 544–546) geht zwar auf die Schulerrichtung ein, steht aber im offenen Widerspruch zur musealen Verwendung des Stiftes, die offensichtlich Vorrang hatte, sonst hätte es die drei Eröffnungsfeiern im Herbst 1941, 1942 und 1943 gegeben.

⁶⁴⁾ Aktenvermerk, Durchschlag mit Randnotizen, 25. Juli 1941. StAKI K2918.

⁶⁵⁾ Aktenvermerk vom 7. Aug. 1941, Aktenzahl Si./3426/1941, von Siegl gezeichnet. StAKI K2918.

⁶⁶⁾ Zusammenstellung der Vermögensschaften... Mappe, StAKI K2924 Nr. 3.

⁶⁷⁾ Harry KÜHNEL, Fritz Dworschak. In: Mitteilungen des Kremser Stadtarchivs (1985) 23–25; Herbert HAUPT, Das Kunsthistorische Museum. Die Geschichte des Hauses am Ring (Wien 1991); www.dictionarhofarthistorians.org, Stand 7. Mai 2006.

⁶⁸⁾ Aktenvermerk vom 3. Sept. 1941, Durchschlag von Siegl gezeichnet. StAKI K2918.

⁶⁹⁾ RILL, Geschichte 103.

heit, die er als solche beschützen und der Öffentlichkeit zugänglich machen wollte. Er schützte die Kunstwerke vor der Eingliederung in den „Führervorbehalt“, wodurch sie zerstreut worden wären. Mit jüdischen Kunstsammlungen ging er rücksichtsloser um und nahm Werke in die Bestände des KHM auf. Er veranlasste eine wissenschaftliche Katalogisierung der Werke der Goldschmiedekunst im Stift und von Teilen der Gemäldegalerie. Schließlich wurde der gesamte barocke Gebäudekomplex Dworschak und dem KHM überlassen und somit der drohenden Gefahr einer unsachgemäßen Verwendung entzogen. Dworschak blieb mit dem Stift bis in die letzten Kriegstage in engem Kontakt. Vielleicht weil er selber die Prälatur bezogen hatte, hat er verhindern wollen, dass das Stift als Verteidigungspos-ten der SS verwendet wurde. Eine bereits angeordnete Einlagerung von Waffen und Munition hat er verhindert.⁷⁰⁾

Dworschak wusste vom Nutzungspotential des Stiftes auch abseits der Kunstsammlungen. Oft ordnete er diverse Brennholzlieferungen an, und in zwei Fällen vermittelte er attraktive Wiener Wohnungen an parteinahe Komponisten. Einer bekam von Dworschak eine Wohnung im Stift zugewiesen.⁷¹⁾ Dem Komponisten Prof. Wilhelm Jerger wurde die Hofmeisterwohnung in der Renngasse Nr. 12 zur Verfügung gestellt.⁷²⁾ Jerger (1902–1978) war seit 1932 NSDAP-Mitglied und Angehöriger der SS, er profilierte sich nach 1938 in der parteinahen Musikszene. 1939 wählten ihn die Wiener Philharmoniker zum Vorstand, 1942 wurde er Professor an der Wiener Musikakademie.⁷³⁾

Von seinem Büro im KHM war Dworschak in die Alltagsgeschäfte des aufgehobenen Stiftes erstaunlich intensiv eingebunden. Er kam einer Bitte der Ärzte aus dem Krankenhaus Klosterneuburg entgegen, Räume zur Verfügung zu stellen. Er erlaubt dem Krankenhaus Nutzung des Gartens an der Westfront des Stiftsgeländes, lehnte den Antrag der Reichspost auf Raumnutzung ab. Propst Linda stellte ihm einen Antrag auf Nutzung einiger Zimmer.⁷⁴⁾ Dworschaks Einfluss reichte also bis in die Kleinigkeiten; er war in häufigem Kontakt mit dem Treuhänder, der bei ihm einmal sogar nachfragte, ob die Bienenzucht im Junioratgarten an einen Angestellten übergeben werden dürfe.⁷⁵⁾ In den genannten Fragen hat Treuhänder Siegl Dworschak, seinem Vorgesetzten, zugearbeitet und die Ansuchen vermittelt.

Schließlich wurden unter Dworschaks Verwaltung die Kunstsammlungen des Stiftes erhalten, meist an Ort und Stelle. Im Gegenteil, am Ende des Krieges kamen Bestände vom KHM (etwa die österreichischen Kroninsignien⁷⁶⁾) ins Stift, um sie zu sichern, ebenso das gesamte Inventar der geistlichen und weltlichen Hofschatzkammer in Wien und vieles andere mehr.⁷⁷⁾ Propagandistische Exzesse sind seinerseits nicht bekannt; er hat die Schätze des Stiftes wohl nicht religiös aber doch von ihrem kulturellen Wert her hoch eingeschätzt. Nur das Münzenkabinett des Stiftes, eine besonders wertvolle Sammlung, ist nach 1945 beschädigt und lückenhaft hinterlassen worden. Obwohl Dworschak bis zu seiner Frühpensionie-

⁷⁰⁾ HAUPT, Das Kunsthistorische Museum 134, 180.

⁷¹⁾ Der Komponist Podansky (anderswo: Zobansky). Aktenvermerk vom 27. Aug. 1941, Aktenzahl Si./3740/1941, von Siegl gezeichnet. StAKI K2918.

⁷²⁾ Aktenvermerk vom 3. Sept. 1941, Durchschlag von Siegl gezeichnet. StAKI K2918.

⁷³⁾ Nach dem Krieg seines Amtes enthoben, studierte Jerger im reifen Lebensalter Philosophie und wurde 1958 Direktor des Bruckner-Konservatoriums in Linz. POSCH, Erich, Professor Dr. Wilhelm Jerger 70 Jahre. In: Oberösterreichische Heimatblätter 26 (1972) 168–171. Viel kritischer ist Oliver RATHKOLB, Führertreu und gottbegnadet. Künstlereliten im Dritten Reich (Wien 1991) 129, 133–134.

⁷⁴⁾ Aktenvermerk, Durchschlag mit Randnotizen, 25. Juli 1941. StAKI K2918.

⁷⁵⁾ Aktenvermerk vom 27. Aug. 1941, Aktenzahl Si./3740/1941, von Siegl gezeichnet. StAKI K2918.

⁷⁶⁾ HAUPT, Das Kunsthistorische Museum 165.

⁷⁷⁾ Stift Klosterneuburg 1938–1945, In unum congregati 166–167.

rung im Jahr 1947 den Rang Kustos Erster Klasse beibehalten hat, wird er seit neuem kritischer beurteilt.⁷⁸⁾

Verlagswesen, Buchhandel, Druckerei

In einem Bericht der Geheimen Staatspolizei vom Jahr 1941 wurde das Stift als „getarnter Besitzer des Bernina-, des Volksliturgischen und des St. Augustinus-Verlages sowie der Buchhandlung Liturgia“ dargestellt. Sie galten als Verteiler von „staatsabträglichen“ Inhalten und Verherrlicher des Judentums; daher wurden sie beschlagnahmt.⁷⁹⁾ NS-Strategen verstanden Klöster (realistischerweise) als Verbreiter katholischer Propaganda, deren Zeitschriften, Pamphlete und Bücher als gefährlich und volksfeindlich eingestuft wurden.⁸⁰⁾

Im Bereich Verlagswesen, Buchhandel und Druckereien ist das Stift Klosterneuburg facettenreicher als beinahe jedes andere Kloster. Die teilweise unüberschaubaren Verhältnisse zwischen den mit dem Stift verbundenen Verlagen und Druckereien wurden durch das Charisma des Chorherren Pius Parsch⁸¹⁾ noch komplizierter, da er als Privatmann als Eigenbesitzer des Bernina Verlages und der Buchhandlung Liturgia zeichnete. Die Besitzverhältnisse waren auch für die Treuhänder des ehemaligen Stiftes schwer zu durchschauen; Parsch wurde wiederholt zu Einvernahmen bei der Geheimen Staatspolizei gerufen, wie am 15. Februar 1940 und am 7. Oktober 1941.

Er hat den Bernina-Verlag im Jahr 1938 gekauft.⁸²⁾ Einem Klosterneuburger Chorherrn war es zu dieser Zeit erlaubt, Privateigentum zu erwerben und Zeit seines Lebens zu verwalten. Zu seinem Eigentum rechnete er auch eine Buchhandlung am Bauernmarkt Nr. 9, die er „anfangs 1930 oder 1931“ gekauft hat, um seine im Eigenverlag erschienenen Bücher zu vertreiben. Parallel dazu liefen die Geschäfte des Volksliturgischen Verlages, der zur Veröffentlichung von Parschs Schriften existierte. Wer diesen Verlag gegründet hat (Stift oder Parsch), lässt sich ebenso schwer feststellen. Seit dem 1. Januar 1938 war das Stift auf jeden Fall Besitzer des Volksliturgischen Verlages;⁸³⁾ Parsch hat ihn ihm geschenkt. Der Chorherr erhob sogar als Autor dieses Verlages im Jahr 1941 einen Anspruch auf RM 40.000 von der Stiftsverwaltung. Ob er diese Forderung an seine noch intakte Ordensgemeinschaft gestellt hätte, sei dahingestellt.⁸⁴⁾

Die Firmen waren Zwergbetriebe, die sich teilweise in Schwierigkeiten befanden; eine Überprüfung im Jahr 1939 ergab erhebliche Steuernachzahlungen, und eine Notiz des Treuhänders im Jahr 1942 unterstellte ihm Schulden von RM 72.000. Die Höhe seiner Schulden ist freilich eine Verrechnungsfrage,

⁷⁸⁾ HAUPT, Das Kunsthistorische Museum 180; Sophie LILLIE, Was einmal war. Handbuch der enteigneten Kunstsammlungen Wiens (Wien 2003).

⁷⁹⁾ PS-3927. In: Procès Nuremberg 33, 543–544.

⁸⁰⁾ MERTENS, Klostersturm 48.

⁸¹⁾ Pius Parsch (1884–1954), Wegbereiter der volksliturgischen Bewegung und Förderer der biblisch-liturgischen Erneuerung im deutschen Sprachraum. Geboren am 18. Mai 1884 in Neustift bei Olmütz (Mähren); 1904 Einkleidung im Stift Klosterneuburg; 1909 Priesterweihe; 1911 Dr. theol. an der Univ. Wien; 1914–1915 Prof. für Pastoraltheologie am Institutum Theologicum in Klosterneuburg; 1915–1918 Feldkurat an der Ostfront; seit 1921 Liturgierunden und 1922 die erste „Gemeinschaftsmesse“ in der Kirche St. Gertrud, Klosterneuburg; gründete mehrere Zeitschriften und 1950 das Klosterneuburger Bibelapostolat. HÖSLINGER und MAAS-EWERD (Hrsg.), Mit sanfter Zähigkeit. Pius Parsch und die biblisch-liturgische Erneuerung = Schriften des Pius-Parsch-Instituts Klosterneuburg 4 (Klosterneuburg 1979).

⁸²⁾ Notariatsakt des Dr. Josef Hofbauer vom 25. Aug. 1938 mit Stempel und Siegel, Original StAKI K2998 Nr. 2.

⁸³⁾ Erklärung von Parsch an die Stiftsverwaltung vom 2. März 1943, getippt und von Parsch gezeichnet. StAKI K2919 Nr. 7.

⁸⁴⁾ Parsch an Siegl, auf dem Briefkopf „Pax Christi“, handgeschrieben und von Parsch gezeichnet, 3. Aug. 1941. StAKI K2919 Nr. 7.

die aus der Perspektive des stiftlichen Kanzleidirektors Gerhard Koberger ganz anders zu betrachten war.⁸⁵⁾

Das Stift Klosterneuburg bestellte einen Oberbuchhalter, um die Buchhalter der Bernina und der Liturgia zu überprüfen, woraus sich schließen lässt, dass die Betriebe nicht privat waren. Das Stift war also an der Bernina und der Liturgia beteiligt, und wiederum nicht beteiligt. Noch komplizierter wird die Angelegenheit durch die Tatsache, dass Parsch den Bernina Verlag ursprünglich nicht kaufen, sondern dem ehemaligen Geschäftsführer der Augustinus-Druckerei, Geza Dobrovolny, das Geld leihen wollte, damit dieser die Bernina kaufen konnte. Allerdings war dieser ein Vierteljude und als Eigentümer gefährdet. Um seine Ausgaben an Dobrovolny zu retten, übernahm Parsch nach der Eingliederung ins Deutsche Reich im Jahr 1938 91 Anteile des Verlags.⁸⁶⁾

Die Augustinus-Druckerei gehörte dem Stift, sie war die Druckerei des Volksliturgischen Apostolates, wurde jedoch am 30. September 1939 stillgelegt.⁸⁷⁾ Im Herbst 1942 wurden die Druckmaschinen nach einem von zentraler Stelle in Berlin vermittelten Verkauf mit „Dringlichkeitsbescheinigungen“ an fliegergeschädigte Druckereien aus den Westgebieten des Dritten Reiches veräußert.⁸⁸⁾ Sie gingen an Druckereien in Ludwigshafen und Mainz. Nach dem Krieg erhielt das Stift keine Wiedergutmachung für diese Maschinen, die zum Teil im Saarland oder in Polen geendet haben.⁸⁹⁾

Das Verlagswesen des Stiftes ist der am wenigsten durchschaubare Teil der Stiftswirtschaft zwischen 1938 und 1945. Die treuhändische Verwaltung konnte die gewachsenen stiftlichen Verwaltungsstrukturen nicht überschauen und schon gar nicht mit der nationalsozialistischen Verwaltungsstruktur in Einklang bringen.

Eine Kompromisshaltung wird im Verkauf des Volksliturgischen Verlages erkennbar. Der Verlag wurde von Pius Parsch geleitet, war aber (im Gegensatz zum Bernina Verlag und der Buchhandlung Liturgia) Eigentum des Stiftes. Das Stift verkaufte ihn am 12. März 1941 an den angesehenen Verlag Ferdinand Schöningh in Paderborn, der sich seit dem Kulturkampf mit katholischen Büchern profiliert hatte.⁹⁰⁾ Der Verkauf war aus einer Notlage zu verstehen, da die Weiterführung des Verlagsprogramms in Klosterneuburg aus ideologischen Gründen nicht mehr praktikabel war. Für den Verlag Schöningh war es ein gewinnbringendes und risikoloses Geschäft: das Warenlager wurde zu Herstellungspreisen, vom Personal wurden drei Personen auf sechs Monate übernommen; nach Ablauf dieser Zeit rechnete mindestens einer der drei mit Entlassung. Von den 17 weiteren Mitarbeitern des Verlags wurde die Hälfte ohne Rücksicht auf Lebens- oder Dienstalder zur Auswahl weiter beschäftigt. Die im Wehrdienst Stehenden wurden nicht übernommen.⁹¹⁾ Der Verkauf ist merkwürdig, weil er das regimefeindliche Verlagsprogramm einerseits in katholischer Hand belässt, andererseits den Klosterneuburger Verlagsbetrieb zum Stillstand brachte.

Georg Bartsch, der Geschäftspartner von Pius Parsch, der den Bernina-Verlag am 1. Juli 1942 gekauft hat, bemühte sich zeitgleich mit dem Erwerb des Bernina auch um den Kauf der Liturgia Buchhandlung, der Augustinus-Druckerei, und der Buchhandlung St. Augustin im Stift. Somit wollten Parsch und Bartsch wohl das stiftliche Medienkonglomerat (oder zumindest dessen Bestände) zusammenhalten.

⁸⁵⁾ Aktenvermerk vom 27. Feb. 1942, von Siegl gezeichnet. StAKI K2922.

⁸⁶⁾ Niederschrift der Vernehmung von Pius Parsch durch die Geheime Staatspolizei am 7. Okt. 1941, Aktenzahl IIBK1, 3 Seiten, Durchschlag. StAKI K2919 Nr. 2.

⁸⁷⁾ RLL, Geschichte 93.

⁸⁸⁾ Aktenvermerk, von Siegl gezeichnet, 7. Okt. 1942; Getippter Brief Leibelng an Siegl vom 22. Sept. 1942. StAKI K2918.

⁸⁹⁾ Bericht der Apostolischen Visitation 1950. StAKI K2941 Nr. 20.

⁹⁰⁾ Abschrift des Zusatzvertrages 12. März 1941, Durchschlag. StAKI K2918. Ausführliche Korrespondenz zum Verkauf in StAKI K2998 Nr. 2.

⁹¹⁾ Brief (ohne Adressat) von Josef Breu, getippt, 27. Mai 1941. StAKI K2918.

Allerdings brauchten sie dazu die Genehmigung der Reichsschrifttumskammer, die diese aber im Juni 1943 verweigerte.⁹²⁾ Am 1. Dez. 1943 kam der Landesleiter der Reichsschrifttumskammer in den Buchladen am Bauernmarkt 9 und machte bekannt, der Laden habe keine Berechtigung, Bestellungen auszuführen; er werde liquidiert. Der Ladenvorsteher verwies auf Treuhänder Siegl, der die Berechtigungsscheine im Stift hatte.⁹³⁾ Trotzdem blieb die Buch- und Kunsthandlung ab dem 2. Dezember geschlossen. Am 31. März 1944 wurde sie gesperrt und geräumt.⁹⁴⁾

Bis zum 1. Februar 1943 bestanden die Buchhandlung St. Augustin und die Augustinus-Druckerei weiterhin auf dem Stiftsgelände. Wie alle Gebäude des Baukomplexes des Stiftes unterstanden sie der Verantwortung des Dr. Fritz Dworschak, Direktor des KHM. Er ordnete die Räumung der Buchhandlung an; in der Druckerei standen noch Restbestände von Maschinen, wohl weil sie keinen Käufer mehr finden konnten.⁹⁵⁾

Aus der Wirtschaftsgeschichte der Druckmedienbetriebe des Stiftes Klosterneuburg von 1938 und 1945 lässt sich folgendes schließen: Obwohl die Verlage, Buchhandlungen und Druckereien keineswegs so profitabel waren wie Pachtgründe, Wein und Immobilien, haben die Treuhänder des Dritten Reiches sehr viel Zeit und Schriftverkehr aufgewendet, um diese Betriebe stillzulegen. Die neuen Machthaber befürchteten katholische Propaganda, wie etwa eine Nachfrage der Gestapo an Treuhänder Siegl vom Januar 1942 (also vor der Enteignung des Stiftes) schnell erkennen lässt. Ein Referent der Staatspolizei lässt fragen, warum ein Paket mit der Vignette der Stiftsbuchhandlung „Klosterneuburg“ verschickt wurde. Im Paket war das Buch „Leben in Christus“ enthalten. Der Referent der Staatspolizei betrachtete den Fall als dermaßen dringend, dass er Siegl dazu anhielt, innerhalb von 24 Stunden Rechenschaft dafür abzulegen.⁹⁶⁾

Die Bedeutung der Verlage, Druckereien und Buchhandlungen für das Sendungsbewusstsein des Stiftes wurde durch Propst Alipius Lindas zügige Wiederherstellung der Betriebe nach Kriegsende bestätigt. Das Volksliturgische Apostolat, der Bernina Verlag und die Augustinus-Druckerei wurden im Stift wieder errichtet; die Buchhandlung St. Augustinus wurde am Rathausplatz (Klosterneuburg) eröffnet und die Liturgia in der Zedlitzgasse, Wien I.⁹⁷⁾ Die Kosten dieser Wiedererrichtungen nach 1945 waren die größten Investitionen, die das Stift in den Nachkriegsjahren auf sich nahm.⁹⁸⁾

Sonstige Stiftsbetriebe

Mit Stichtag 1. Oktober 1943 wurde die Verwaltung der auf Niederdonau entfallenden forstlichen und landwirtschaftlichen Eigenbetriebe an die Organe des Reichsgaues Niederdonau übergeben, die verpachteten Grundstücke wurden am 1. Jänner 1944 übergeben. „Die an den Stichtagen vorhandenen Vorräte werden dem Übernehmer unentgeltlich übergeben“⁹⁹⁾. Für das „ehemalige“ Stift Klosterneuburg hat das bedeutet, dass die Landwirtschaft Tuttenhof den wissenschaftlichen Zwecken der elitären Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gewidmet wurde. Die Weinberge wurden aufgrund des Erlasses vom 23. Jan. 1943¹⁰⁰⁾

⁹²⁾ Bartsch an Siegl, mit beigefügtem Bescheid der Reichsschrifttumskammer, getippt, 23. Juni 1943. StAKI K2919, Nr. 7.

⁹³⁾ Dworschak an Siegl vom 1. Dez. 1943. Getippt, auf Liturgia Briefkopf. StAKI K2922. Die Verwirrung innerhalb der NS-Behörden war im kirchlichen Ressort besonders groß. Heike KREUZER beschreibt ein „Kompetenzchaos“ in: Das Reichskirchenministerium im Gefüge der nationalsozialistischen Herrschaft = Schriften des Bundesarchivs 56 (Düsseldorf 2000).

⁹⁴⁾ Briefwechsel Elias – Siegl vom 11. Feb. bis 28. März 1944. StAKI K2922.

⁹⁵⁾ Aktenvermerk vom 11. Jan. 1943, Durchschlag, ungezeichnet. StAKI K2923 Nr. 2.

⁹⁶⁾ Aktenvermerk vom 29. Jan. 1942, mit Randnotizen und von Siegl gezeichnet. StAKI K2922.

⁹⁷⁾ Stiftschronik vom 6. Mai 1953, StAKI HS25.

⁹⁸⁾ Bericht der Apostolischen Visitation 1950. StAKI K2941 Nr. 20.

⁹⁹⁾ Aufnahmeschrift der Behörde des Reichsstatthalters am 29. Okt. 1943. Durchschlag mit Randnotizen. StAKI K2918.

¹⁰⁰⁾ Aktenzahl 05300–1216 VI.

dem Reichsministerium für Finanzen übergeben. Die zur Verwaltung der Güter errichtete Institution hieß: Versuchs- und Forschungsanstalt für Wein- und Obstbau. Die Fläche der ihr übergebenen Gründe umfasste 1.292.926 Quadratmeter.¹⁰¹⁾

Kaiser-Wilhelm-Institut für Kulturpflanzenforschung

Am 24. Februar 1943 suchte ein Mitarbeiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts den Verwalter des Tuttenhofes auf und teilte ihm mit, dass der Wirtschaftshof von dem Berliner Institut übernommen wird.¹⁰²⁾ Mit Stichtag 1. Juli 1943 wurden das Gut Tuttenhof und Teile der von ihm bewirtschafteten Grundstücke dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Kulturpflanzenforschung unentgeltlich übergeben.¹⁰³⁾ Die Wirtschaft Tuttenhof bestand aus Grundstücken in den Katastralgemeinden Korneuburg, Langenzersdorf und Bisamberg. Eine vorläufige Aufstellung ergab eine Gesamtfläche von 1.448.998,-- Quadratmetern, eine aus dem Jahr 1944 schätzte 1.048.966 Quadratmeter.¹⁰⁴⁾ Abgesehen vom Tuttenhof wurden am 1. April 1943 alle im Reichsgau Wien gelegenen Teile des stiftlichen Forstbetriebes an die Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien übergeben.¹⁰⁵⁾

Direktor des KWI-Tuttenhof war Dr. Hans Stubbe, der gleichzeitig am KWI für Biologie in Berlin-Dahlem zuständig war, sowohl als Forscher als auch als Administrator.¹⁰⁶⁾ Das KWI war keine öffentlich-rechtliche Körperschaft, sondern ein privates Unternehmen. Nach welcher Rechtsgrundlage ein privates Unternehmen unentgeltlich die Gebäude, die Liegenschaften, die Traktoren, maschinellen Einrichtungen, das Vieh (6 Pferde, 39 Kühe, 1 Kalb, 6 Ochsen) und das lebende und tote Inventar (Holz) des stiftlichen Wirtschaftshofes übernehmen durfte, wurde nicht erklärt, auch wenn die verwalterische Korrespondenz des KWI in anderen Fragen äußerst penibel war, so in etwa eine Aufzählung der übernommenen Düngergabeln (es waren 15).¹⁰⁷⁾ Es wurde notiert, dass der Fundus an das Reichslandwirtschaftsministerium übergeben wurde, das es wiederum dem KWI überlassen hat.¹⁰⁸⁾

Das am Tuttenhof tätige Personal bestand aus fünf Angestellten und 17 ständigen Arbeitern. Dazu kamen die Saisonarbeiter (15 Slowaken, 8 so genannte Ostarbeiter).¹⁰⁹⁾ Das dortige Arbeitsklima wurde bald getrübt. Zum ersten Weihnachtsfest nach der Übergabe der stiftlichen Landwirtschaft Tuttenhof (Dezember 1942) erhielten die Arbeiter nur die Hälfte des üblichen Weihnachtsgeldes.¹¹⁰⁾

¹⁰¹⁾ Zusammenstellung. Mappe mit diversen Aufstellungen. StAKI K2925.

¹⁰²⁾ Aktenvermerk vom 24. Feb. 1943, ungezeichnet. StAKI K2918.

¹⁰³⁾ Gedächtnisprotokoll vom 29. Juni 1943. Aktenzahl III-E-2 40/19/42.

¹⁰⁴⁾ Vorläufig: Durchschlag des Verzeichnisses der Grundflächen, getippt, 5 Seiten, 18. Feb. 1943. StAKI K2918. Später: Durchschlag des Grundstückverzeichnis, 3 Seiten, 29. Feb. 1944. StAKI K2925.

¹⁰⁵⁾ Gedächtnisprotokoll vom 28. April 1943, StAKI K2932 Nr. 1.

¹⁰⁶⁾ Hans Stubbe (1902–1989), Pflanzengenetiker. Er war bereits 1929 Abteilungsleiter des KWI; wurde nicht NSDAP Mitglied; seit 1943 Direktor des KWI-Tuttenhof; regelmäßige Publikationen, später über biologische Kriegsführung. Er bekam nach 1945 Leitungsposten in der DDR-Wissenschaft; 1951–1969 Präsident der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften. Ernst KLEE, Personenlexikon zum Dritten Reich (Frankfurt a.M. 2005) 611. Zum wissenschaftsgeschichtlichen Aspekt, siehe: Doris KAUFMANN (Hrsg.), Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus (Göttingen 2000) Band 2, 689–690.

¹⁰⁷⁾ Aktenvermerk des Treuhänders Siegl vom 29. Juni 1943. Durchschlag, StAKI K2918.

¹⁰⁸⁾ Aktenvermerk des Treuhänders Siegl vom 21. Mai 1943, Durchschlag von Siegl gezeichnet. Der Erlass des Reichsstatthalters von Wien hat die Aktenzahl III-E-2/429/KI.43. StAKI K2918.

¹⁰⁹⁾ Die seinerzeit zum Wehrdienst Eingetückten (damals 9 Personen) wurden nicht übernommen. Getippte Aufstellung mit Randnotizen, undatiert. StAKI K2918.

¹¹⁰⁾ Siegl an Ferstl, Durchschlag von Siegl gezeichnet. 30. Juni 1943. StAKI K2918.

Der Oberverwalter am Tuttenhof, Julius Ferstl, verhandelte 1943 seine Rente mit den neuen Verwaltern des Hofes. Ferstl bezog sich dabei auf die Handlungsweise des „ehemaligen“ Stiftes, das die Pensionen seiner Mitarbeiter ergänzt hat. Die Differenz zwischen dem Pensionsbezug von der Versicherungsanstalt und dem Nettogehalt des Angestellten am Tage der Pensionierung wurde ausgezahlt. Das bedeutet eine Pensionierung zu 100 % des letzten Gehalts. Im Todesfall wurde der Witwe die Hälfte des Zuschusses bezahlt.¹¹¹⁾ Der neue Verwalter, das wissenschaftlich ausgerichtete Kaiser-Wilhelm-Institut, war nicht daran interessiert, diese Regelung beizubehalten. Nach längerem Aktenverkehr willigte Dr. Stubbe ein, Ferstl RM 10,- als Pensionszusatz auszus zahlen.

Unter den Slowaken und „Ostarbeitern“ am Tuttenhof gab es bereits vor der Errichtung der KWI-Niederlassung Unruhen. Im Jahr 1941 haben die Slowaken am Forstrevier Tuttenhof die Arbeit verweigert; der Betriebsobmann bringt zwei (von 15) dazu, doch zu arbeiten, und Treuhänder Siegl berichtet den Fall an die Gestapo.¹¹²⁾ Die Arbeitsverweigerung konnte durchaus zur KZ-Haft führen. Ob diese Arbeiter nach 1943 im Dienste der Kulturpflanzenforschung behalten wurden, ist noch ungewiss.

Schluss

Am 30. April 1945, dem vierten Jahrestag der Aufhebung, kehrte Propst Alipius Linda in das Stift Klosterneuburg zurück.¹¹³⁾ Die Aufhebung im engeren juristischen Sinne hatte – für die Verhältnisse der Ordensgeschichte – nicht allzu lang gedauert und wurde trotz allem Unrecht nicht als epochaler Angriff auf die Substanz des Hauses verstanden. Noch während des Exils hatte der Chronist festgehalten: „Das Los unseres Stiftes ist gegenwärtig sicher günstiger als es z. B. das der von Kaiser Josef II. säkularisierten Klöster war.“¹¹⁴⁾ Die Jahre von 1938 bis 1945 bleiben von historischer Bedeutung, weil sie ein facettenreiches Licht auf die Wirtschaft des Stiftes werfen und Aspekte erhellen, die während ungestörter Zeiten nicht aufleuchten. Das Personal des Stiftes, seine Pachtgründe und Pächter, seine Verlage und Buchhandlungen, Forst- und Landwirtschaft und nicht zuletzt die Verwaltung der Bauten des Stiftskomplexes sind hier behandelt worden. Wir haben gesehen, dass die Betriebe in das Eigentum anderer begierig aufgenommen wurden, sei es in das Eigentum des Dritten Reiches, arrangierter Geschäftsmänner oder der Kleinpächter, die sich von der Enteignung des Stiftes eine persönliche Chance erhofften. Weinbau, Immobilien und Forstwesen, die klassischen Wirtschaftsgrundlagen österreichischer Stifte, wurden ausgebeutet. Aber auch im finanziell verhältnismäßig uninteressanten Verlagswesen des Stiftes haben wir einen Brennpunkt der Verhandlungen mit dem NS-Apparat gefunden.

Wie sah es nach 1945 aus? Spätestens im September 1944 wurde deutlich, dass von den großen Plänen der Nationalsozialisten sich wenig langfristig durchsetzen würde. Damals begann die Verwaltungsstruktur über das Stift ins Wanken zu kommen, da die Bombenangriffe auf Wien ein geregeltes Arbeiten verhinderten.¹¹⁵⁾ Ab dem November 1944 wurde fast täglich Fliegeralarm ausgerufen, aber Bombenangriffe auf das Stift waren minimal.¹¹⁶⁾ Wenige Monate nach Kriegsende begann Chorherr Gebhard Koberger seine Bemühungen um Rückstellung des vielfach verloren gegangenen Besitzes des

¹¹¹⁾ Siegl an Stubbe. Express Post, eingeschrieben, Durchschlag 1. Juli 1943. StAKI K2918.

¹¹²⁾ Aktenvermerk vom 3. Nov. 1941, von Siegl gezeichnet. StAKI K2922.

¹¹³⁾ Stift Klosterneuburg 1938–1945, In unum congregati 167.

¹¹⁴⁾ Stift Klosterneuburg 1938–1945, In unum congregati 151.

¹¹⁵⁾ „Die Nummernbücher von Rohrwald lassen sich augenblicklich nicht finden... Sollte sich nach gänzlicher Wegräumung von Schutt und Staub ... etwas für Klosterneuburg Wichtiges finden lassen, so werde ich das ... übermitteln.“ Brief Kasmanhuber – Siegl vom 21. Sept. 1944, gezeichnet. StAKI K2924 Nr. 2.

¹¹⁶⁾ HAUPT, Das Kunsthistorische Museum 165.

Stiftes. Die Besitzverhältnisse vieler Gründe, wenn auch nicht aller, waren in den Grundbüchern dokumentiert worden, sodass – je nach Lage – der Reichsgau Niederdonau oder überhaupt das Deutsche Reich als Eigentümer geführt wurde.¹¹⁷⁾ Die ersten Erledigungen waren mühsam, das Erste Rückstellungsgesetz vom 26. Juli 1946¹¹⁸⁾ hat diesen Prozess beschleunigt.

Eine Apostolische Visitation des Stiftes im Jahr 1950 stellte fest, dass die Wiedergutmachung des Stiftsvermögens erfolgt ist und sich über zweieinhalb Jahre hinzog. Die Rückführung war eine schwierige, weil die Teile des Vermögens an verschiedene juristische Personen (Fonds der deutschen Mutter, Gau Niederdonau, Gemeinde Wien, KWI usw.) verteilt worden waren. Unwiederbringlich verloren war das Kapitalvermögen, das in Staatspapieren angelegt war. Die Visitatoren stellten fest, dass Grundeigentum samt Liegenschaften zum Großteil dem Stift wieder übergeben worden ist.¹¹⁹⁾ Diese Feststellung kann aber bestenfalls als vorläufig gelten, denn 1959 schrieb Propst Koberger an die Oberen einzelner Ordensgemeinschaften, die noch auf die Wiedergutmachung von NS-Schäden warteten. Für das Stift Klosterneuburg standen noch ÖS 562.993,- an einmaligen Schäden offen; damit waren Reparaturen in und um das Stift, vor allem sakraler Gegenstände, gemeint. Die dauernden Schäden, die durch „sehr ungünstige Generalpachtverträge“ während der nationalsozialistischen Herrschaft entstanden sind, waren viel gravierender. Für die Jahre 1946 bis 1958 sei dadurch ein Schaden von ÖS 1.509.000,- verursacht worden.¹²⁰⁾ Verhandlungen in den folgenden Jahren führten jedoch zu allseits befriedigenden Verhältnissen.

Eine schillernde Gestalt in den wirtschaftlichen Akten des Stiftes von 1939 bis 1945 ist Treuhänder Hans Siegl. Von ihm ist die beinahe penible Aktenführung der „ehemaligen“ Stiftsverwaltung ausgegangen, teilweise bis zur Notiz über die Übernahme und Rückstellung von einzelnen Schreibmaschinen. Er hat alles so präzise dokumentiert, wie er nur konnte. Seine Person bietet eine Fallstudie des vorsichtigen Mitläufers, der sich mit jeder Gruppierung arrangieren möchte. Er hielt Festreden vor dem Personal auf den Parteiversammlungen im aufgehobenen Stift, er ließ sich gut bezahlen, er war ein ergebener Befehlsempfänger der nationalsozialistischen Herrschaft. Aber zugleich war er der Gesprächspartner für die Anliegen der Chorherren, er erfüllte den Auftrag zu karitativen Gnadenausgaben, die sich von der Verwaltung des Stiftes nicht trennen ließen, er wollte die gewachsenen Strukturen der Stiftsökonomie erhalten, die wirtschaftlichen Gewinne vermehren und, soweit sich dies noch machen ließ, das katholische Erbe des Hauses respektieren.¹²¹⁾ Diese Aufgabe war nicht zu meistern, aber im Nachhinein kann man leichter urteilen. Siegl hat das Stift vor der Ausbeutung wohl nicht retten können, hat selber auch davon profitiert, aber Hunderte von Briefdurchschlägen und Gesprächsnotizen zeigen wenig von einer ausdrücklich nationalsozialistischen Gesinnung.

Dieser Beitrag behandelt die Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte des Stiftes Klosterneuburg von 1939 bis 1945. Andere Aspekte sind teilweise aufgearbeitet, wie etwa die Hinrichtung des Chorherren Roman Scholz als NS-Gegner im Jahr 1944,¹²²⁾ der Aufenthalt des aus dem Stift vertriebenen Prälaten Alipius Linda in Hietzing und das dort stattfindende Konventleben, die Geschichte der Stiftspfarrkirche Klosterneuburg von 1941 bis 1945 unter vier Chorherren, die in Klosterneuburg bleiben durften und eine segensreiche Pastoral betrieben haben.¹²³⁾ Sie können in diesem Rahmen nicht thematisiert werden.

¹¹⁷⁾ Zahlreiche Ansuchen um Richtigstellung der Grundbücher, mit Aug. und Sept. 1945 datiert, sind in StAKI K2926.

¹¹⁸⁾ BGBl. Nr. 156.

¹¹⁹⁾ Bericht der Apostolischen Visitation 1950. StAKI K2941 Nr. 20.

¹²⁰⁾ Erhebungsbogen, 16. Feb. 1959. StAKI K2918.

¹²¹⁾ Brief Siegl an Bartsch, 21. Juni 1943, Durchschlag von Siegl gezeichnet. StAKI K2919 Nr. 7.

¹²²⁾ Robert RILL und Floridus RÖHRIG, Scholz Roman. In: Österreichisches Biographisches Lexikon 11 (1999) 131f. Weiteres über Scholz und viele andere Blutzügel aus den Stiften und Klöstern Österreichs findet man in: Jan MIKRUŠ (Hrsg.), Martyrologium des 20. Jahrhunderts, 3 Bände (Wien 1999 und 2000).

¹²³⁾ Stift Klosterneuburg 1938–1945, In unum congregati 154–161.

Annäherung der Konfessionen unter dem Druck des NS-Regimes Der Beitrag österreichischer Theologen

Jörg ERNESTI (St. Andrä, Südtirol)

1. Der zeit- und theologiegeschichtliche Kontext

Die ökumenische Bewegung zielt auf eine Zusammenarbeit, Annäherung oder gar Wiedervereinigung der christlichen Konfessionen. Eine ihrer Wurzeln ist das Ungenügen an der Tatsache, dass die auf dem europäischen Kontinent entstandene Kirchenspaltung auf dem Weg der Mission in die zu missionierenden Erdteile übertragen wurde.¹⁾ Von daher erklärt es sich, dass gerade auf einer Weltmissionskonferenz, nämlich jener, die 1910 in Edinburgh stattfand, die ersten organisatorischen Fundamente dieser Bewegung gelegt wurden. Verstärkt durch die düstere Erfahrung des Ersten Weltkriegs, in dem sich Christen unterschiedlicher Konfessionen kämpfend gegenüberstanden, nahm diese Bewegung nach 1918 institutionelle Gestalt an und präsentierte sich in den großen Weltkonferenzen von 1925 (Stockholm, Life and Work) und 1927 (Lausanne, Faith and Order) der Weltöffentlichkeit. Zwar war Katholiken die Teilnahme an dieser protestantisch-orthodox dominierten Bewegung durch päpstliche Erlasse verwehrt, doch wuchs seit den zwanziger Jahren katholischerseits das Interesse an den getrennten Kirchen. Besonders seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten war im Deutschen Reich eine zunehmende Solidarisierung und Annäherung der beiden großen Konfessionen zu beobachten. So nahmen Christen an der Unterdrückung, Benachteiligung oder gar Verfolgung der getrennten Glaubensbrüder Anteil. Darüber hinaus kam es zu einer Beschäftigung mit der anderen Seite in Form von theologischen Publikationen, interkonfessionellen Konferenzen und gemischten Gesprächskreisen auf lokaler Ebene, die sich schnell ausbreiteten und die von dem Freiburger Priester Max Josef Metzger 1938 als „Una-Sancta-Bruderschaft“ organisiert wurden. Insbesondere Theologen, die der jüngeren Generation angehörten oder den innerkirchlichen Erneuerungsbewegungen zuzurechnen waren, beschäftigten sich nun mit der Einheitsfrage: so etwa auf katholischer Seite Romano Guardini, Joseph Lortz, Gottlieb Söhngen oder Michael Schmaus.

Vor dem beschriebenen Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, dass diese Annäherung von der Geheimpolizei (dem Sicherheitsdienst der SS und der Gestapo) aufmerksam verfolgt wurde. Die erhaltenen geheimpolizeilichen Akten lassen erkennen, dass diese Form der Ökumene mit wachsender Besorgnis registriert wurde. In den einschlägigen Berichten für die Staats- und Parteiführung wird immer wieder stereotyp vor der „gemeinsamen Abwehrfront“ gewarnt, welche die Kirchen gegen den Nationalsozialismus zu bilden im Begriff seien und mit der sie den Feinden Deutschlands zuarbeiten wollten.²⁾

2. Im Umkreis der Liturgischen und der Jugendbewegung

„Aber die Gnade ist eingebaut in den Organismus der Kirche. Das Leben gibt es nur in der Kirche und durch die Kirche. Das NT hat dafür zwei Bilder: „Weinstock und Reben“ und „Leib Christi“. Beide Bilder beschreiben das Wesen eines Organismus. Christus ist der Lebensquell. Die Kirche ist die Fülle Christi, der

¹⁾ Vgl. Jörg ERNESTI, Kleine Geschichte der Ökumene (Freiburg i.Br. 2007) 22–63.

²⁾ Jörg ERNESTI, Ökumene im Dritten Reich = KKTS 77 (Paderborn 2007) 238–308.